

G-9-Gymnasium

Zwei Mütter machen Druck auf die Landespolitik

Wie stressig das achtjährige Abitur sein kann, haben sie bei ihren Kindern erlebt, oder erleben es noch. Corinna Fellner und Anja Plesch-Krubner haben eine Initiative gegründet und einen Volksantrag für flächendeckendes G-9-Abitur ins Leben gerufen. Schon jetzt haben sie erreicht, dass das Thema wieder ganz weit oben auf der Agenda der Landespolitik im Südwesten steht.

Von Rafael Binkowski

STUTTGART. Seit über fünf Jahren hängen sie sich rein. Schreiben Petitionen, arbeiten sich ins Verwaltungsrecht ein, treten mit der Landeswahlleitung in Kontakt. „Das ist unser Hobby“, sagt die gelernte Industriekauffrau Corinna Fellner (52), die in Wangen im Allgäu wohnt. Ihre Tochter macht Abitur, der Sohn geht auf die Realschule.

Die andere Mitstreiterin ist die Heidelberger Ärztin Anja Plesch-Krubner (54), ebenfalls mit zwei Kindern. Eines ist 19 und studiert schon, die 16-Jährige ist auf einem G-8-Gymnasium. „Den Stoff packen die Kinder irgendwie, aber ein schlaues Kind hat auch außerschulische Interessen“, sagt Corinna Fellner scherzhaft. Um 15.30 Uhr oder 17 Uhr noch Chemie oder Latein lernen, abends Sport – für den Jugendgemeinderat ist keine Zeit mehr. So erleben sie G8.

Erst kam eine Petition, dann ein Gesetzesentwurf

Stress durch das achtjährige Gymnasium kennen viele Eltern, doch die beiden wollten nicht nur lamentieren. Als in Bayern der Landtag 2017 die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium beschloss, wurden sie aktiv. Beteiligten sich an einer Petition des Philologenverbands im Südwesten. Doch der Petitionsausschuss des Landtags lehnte die Eingabe ab. Während der Coronapandemie wurde eine zweite Petition eingereicht, 60 000 Unterschriften wurden gesammelt.

„Aber uns wurde klar: Mit Petitionen kommen wir nicht weiter“, erinnert sich Anja Plesch-Krubner. Die



Corinna Fellner (links) und Anja Plesch-Krubner haben eine landesweite Initiative für das G-9-Abitur gegründet. FOTO: PRIVAT

Wie funktioniert ein Volksantrag?

Nach Artikel 59, Absatz 2 der Landesverfassung können sich Bürger direkt an den Landtag wenden. Dazu benötigen sie die Unterschrift von 0,5 Prozent der Wahlberechtigten, aktuell sind das 38 000 Personen. Lehnt der Landtag den Volksantrag ab, der ein Gesetz oder eine Gesetzesänderung formuliert, kön-

nen die Initiatoren einen Volksentscheid beantragen. Dazu müssten sie innerhalb von drei Monaten die Unterschrift von einem Zehntel der Wahlberechtigten sammeln. Dann wird abgestimmt, die einfache Mehrheit zählt, allerdings muss diese aus mindestens einem Fünftel der Wahlberechtigten bestehen.

regierenden Grünen und die CDU standen weiter zum G-8-Abitur. So entdeckten die beiden das neue Instrument des Volksantrags, das auch auf Bestreben von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) geschaffen wurde. Sie ließen sich beraten, um einen Gesetzesentwurf zu formulieren – nicht einfach für die ehrenamtlichen Aktivistinnen.

Sie verweisen auf eine Forsa-Umfrage, wonach sich 91 Prozent der Eltern für das G-9-Abitur als Re-

gel mit der Option auf G8 aussprachen. „Wir haben eine Videokonferenz zu unserem Vorhaben gestartet – plötzlich waren über 300 Eltern im virtuellen Raum“, berichtet Anja Plesch-Krubner. Und dann ging es los. Man führte Gespräche mit Politikern. „Die CDU war in der Frage schon immer gespalten“, meint Corinna Fellner, „sie hat im Wahlkampf 2016 noch Wahlfreiheit für die Eltern gefordert.“ Doch die CDU-Spitzenkandidatin für 2021, die damalige

Kultusministerin Susanne Eisenmann, galt als strikte Gegnerin von G9. Das Thema war erledigt, nur die oppositionelle SPD fordert seit Jahren erfolglos das flächendeckende neunjährige Gymnasium.

Durch den Volksantrag kommt plötzlich Bewegung in die festgefahrene Debatte. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) verweist zwar darauf, sie habe „derzeit andere Prioritäten“, nämlich bei der Grundschulpädagogik. Doch im Ministerium rechnet man bereits aus, wie viele Lehrerstellen für G9 nötig wären. Gut 1400 wären es laut dieser Kalkulation.

Ein Volksentscheid im Land könnte das Ergebnis sein

Ein Argument, das die beiden Mütter nicht gelten lassen. „Man kann die Lehrer nicht einfach zwischen Gymnasien und Grundschulen hin- und herschieben oder die Schular- ten gegeneinander ausspielen“, sagt

Corinna Fellner. Ihre Mitstreiterin sagt: „Wir müssen den Kuchen vergrößern, anstatt uns um die Teile zu streiten.“ Zudem gehe es nur um fünf Prozent des gesamten Etats für die Gymnasien. Reformideen für G8, etwa den Lehrstoff auszudünnen, halten sie für untauglich: „Das würde das Niveau noch weiter absenken.“ Wie geht es nun weiter? Selbst in der Landesregierung rechnet man damit, dass der Volksantrag erfolgreich ist und ins Parlament kommt. Wird er dort abgelehnt, könnten die beiden Unterschriften für einen Volksentscheid mobilisieren. Ein Szenario, das bei Grün-Schwarz auf wenig Begeisterung stößt. Wird es Verhandlungen geben? Es gibt zumindest bald erste Gespräche.

MEHR ZUM THEMA:

Infos zur Initiative „G 9 jetzt“ finden Sie im Internet unter: <https://www.g9-jetzt-bw.de/>